

BERNER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Augmented Reality

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 8

X

Kantonale Volksabstimmung Ja zur Änderung des Sozialhilfegesetzes

Grossrat Hans-Peter Kohler erklärt im Interview wieso man die Vorlage des Grossen Rates annehmen soll.

Seite 3

Jura bernois

Soutenir les entreprises industrielles formatrices

Nicolas Curty, Président de la section PLR Bas de l'Orval explique quelles conditions-cadre sont nécessaires.

Page 7



Gemeinsam statt gegeneinander

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell. Das ist nicht selbstverständlich, weil immer mehr Akteure gegeneinander anstatt miteinander kämpfen. Am Anfang des Erfolgs stehen ambitionierte Menschen, die etwas wagen und ihrer Arbeit mit Elan nachgehen. Unsere Heimat braucht wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen, nicht verhindern. Nur so können wir alle gemeinsam die drängenden Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anpacken.

Seiten 10 bis 14

Wir schöpfen das Potenzial der Frauen aus

«Gemeinsam weiterkommen.»



Konrad E. Moser

Was andere mittels starrer Quoten fordern, erreichen wir auch ohne: Der Frauenanteil unserer Nationalratsliste beträgt 46 Prozent. Damit können wir uns sehen lassen! Für die National- und Ständeratswahlen treten wir mit insgesamt 24 freisinnigen und 48 jungfreisinnigen Kandidierenden an. Auf der FDP-Liste kandidieren elf profilierte Frauen, der von der Parteileitung angestrebte Frauenanteil von 40 bis 50 Prozent konnte somit erreicht werden. Da-



Barbara Freiburghaus

rauf sind wir stolz! Auf den beiden Listen der Jungfreisinnigen sind es 18 Frauen, also 37 Prozent.

Wir wollen aber auch eine Frau ins Stöckli schicken: Christa Markwalder stellt sich als Kandidatin zur Verfügung. Gerade im Ständerat sind die Frauen massiv untervertreten und von den sechs heutigen Ständerätinnen treten fünf im Herbst nicht mehr an.

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

- 3–7 Berner Freisinn
- 8 Digitaler Wahlkampf der FDP
- 9 Petra Gössi
zu den Wahlen 2019
- 10 Hans Hess zum
Rahmenabkommen
- 11 Gemeinsam das
Unternehmertum stärken
- 12 Ja zu gleich langen Spiessen
für KMU
- 13 Home Office / Arbeitsmarkt 2.0
- 14 Nachhaltiges Unternehmertum
- 15 FDP Frauen
- 16 Ja zu Schengen
- 17 Ja zur AHV-Steuervorlage
- 18/19 Gastbeitrag von Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
- 20 Neumitglieder
- 21 Reportage vom
Haustürwahlkampf
- 22 Leserbrief
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonalteil:

Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Gemeinsam lösen wir die Probleme unserer Zeit

Gemeinsam kommen wir weiter!

Liebe Freisinnige

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell, weil die Menschen in der Schweiz seit jeher Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernommen haben. Ein Beispiel dafür sind die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz. Dank ihrem Mut, in Forschung und Entwicklung zu investieren, garantieren sie den Menschen in unserem Land Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Unsere Unternehmen sind es auch, die mit ihren Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir die Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise in der Umweltpolitik, anpacken können. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zwei Freisinnige vor, die sich mit ihren Unternehmen an vorderster Front engagieren. Sie sind der beste Beweis, dass Umweltpolitik Wirtschaftspolitik ist!

Miteinander statt gegeneinander

Um aber überhaupt in die Forschung investieren zu können, braucht die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen. Das Interview mit Hans Hess zum Rahmenabkommen zeigt das auf. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Wirtschaft ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gegenzug gute und moderne Arbeitsbedingungen ermöglichen muss – etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr dazu erfahren Sie von Thierry Burkart und Philippe Nantermod.

Anstatt die Wirtschaft und die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie dies die sozialis-

tischen Kräfte in unserem Land mit ihrer Verbots- politik versuchen, müssen wir alle gemeinsam Ver- antwortung übernehmen. Damit wir das Erfolgs- modell Schweiz in die Zukunft tragen können, braucht es ein Miteinander der Politik, der Wirt- schaft und der Gesellschaft. Denn nur wenn wir die Probleme unserer Zeit gemeinsam lösen, kommen wir weiter.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lek- türe!

Liberale Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

PS: Die FDP hat Lust auf Fortschritt – Lust auf Digitalisierung! Wir haben deshalb den «Freisinn» digital erweitert: Mit «**Augmented Reality**» verbinden wir ab sofort Gedrucktes mit Digitalem, um Sie noch besser informieren zu können. Probieren Sie es aus: Laden Sie die Gratis-App «**XTEND**» auf Ihr Smartphone, öffnen Sie die App, und richten Sie die Kamera für einige Sekunden auf die mit dem «X»- Symbol versehenen Bilder im «Freisinn» – auch auf dieser Seite! Sie werden staunen.

Ja zur Änderung des Sozialhilfegesetzes

Interview mit Grossrat Hans-Peter Kohler

Am 19. Mai findet die kantonale Volksabstimmung über die Änderung des Sozialhilfegesetzes statt. Die FDP-Delegierten empfehlen ein Ja zur Vorlage des Grossen Rates und ein Nein zum linken Volksvorschlag.

Wieso hat der Grosse Rat sich für Kürzungen in der Sozialhilfe ausgesprochen? Der Ursprung liegt in einer SVP-Motion von 2012, die eine generelle Kürzung der Sozialhilfeausgaben von 10 Prozent forderte. Der Grosse Rat hat nun eine entsprechende Gesetzesrevision verabschiedet, welche eine Kürzung des Grundbedarfs von 8 Prozent vorsieht und bei definierten Gruppen eine Kürzung bis zu 30 Prozent zulässt. Im Weiteren wollte der Grosse Rat mit der SHG-Revision ein Zeichen setzen, da Sozialhilfebeziehende teilweise mehr Geld zur Verfügung haben als Arbeitende im Niedriglohnbereich. Die Bürgerinnen und Bürger können diese Tatsache immer weniger akzeptieren, die Glaubwürdigkeit der Sozialhilfe muss wiederhergestellt werden.

Was bedeutet eine 8-prozentige Kürzung des Grundbedarfs für eine Person in der Sozialhilfe? Der Grundbedarf beträgt 977 Franken pro Monat. Bei einer Kürzung von 8 Prozent reden wir also von 78 Franken, welche pro Monate weniger ausbezahlt werden. Dies ist absolut vertretbar, da nebst dem Grundbedarf zahlreiche andere Leistungen wie Krankenkasse, Wohnkosten, situationsbedingte Leistungen, Zahnarztrechnungen etc. von der Kürzung nicht betroffen sind und weiterhin übernommen werden. Die Kürzung von 8 Prozent im Grundbedarf macht auf sämtliche ausbezahlten Beträge durchschnittlich nur ca. 2,5 Prozent aus. Daraus ist klar ersichtlich, dass weiterhin ein würdiges Leben ermöglicht wird, anders als es von linker Seite behauptet wird.

Von links wird immer wieder ins Spiel gebracht, dass einer Familie in der Sozialhilfe nach der geplanten Kürzung im Grundbedarf täglich nur noch ein paar wenige Franken zum Essen zur Verfügung stehen würden ... Dies ist reine Irreführung, unsachlich, und zwar aus folgenden Gründen: Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt nach SKOS-Richtlinien verteilt pro erwachsene Person definierte

Geldbeträge auf zahlreiche Bedürfnisse des Lebensunterhaltes, so z.B. 173 Franken für Nachrichtenübermittlung, Internet, Fernsehen oder 355 Franken für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Es ist somit jedem Sozialhilfeempfänger freigestellt, wie viel er für das Essen, für Tabak oder für das Internet inkl. Handy pro Monat ausgeben will.

Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) werden von den Gegnern der SHG-Revision als verbindlich betrachtet. Ist das gerechtfertigt? Wie der Name es sagt, sind es Richtlinien, d.h. Eckwerte, nicht mehr und nicht weniger. Die Lebenshaltungskosten sind zudem nicht in jedem Kanton gleich. Deshalb sind Abweichungen von diesen Richtwerten durchaus legitim. Die SKOS-Richtlinien werden von linker Seite wie ein «Gesetz» behandelt und verteidigt, jedoch aus reiner Ideologie! Es ist nun Zeit, an diesen Richtlinien etwas zu rütteln, andere Kantone werden uns sicher folgen. Die Sozialhilfe muss und soll in der Not helfen, als Überbrückung dienen und nicht als garantiertes Grundeinkommen, welches die Anreize für die berufliche Wiedereingliederung tief hält. Arbeit soll sich lohnen!

Es wird häufig moniert, dass Kinder in der Sozialhilfe besonders hart von den Kürzungen im Grundbedarf betroffen sein würden und diese Kürzungen nicht mittels Zulagen kompensiert werden können.

Was halten Sie von diesem Argument? Es ist klar, dass Kinder keine Integrationszulagen oder Einkommensfreibeträge auslösen können. Es darf aber nicht vergessen werden, dass jederzeit Zusatzkosten bei Kindern (z.B. Gebühren Landschulwoche, neues Kinderbett, Lehrmittel etc.) mittels Anträgen für «Situationsbedingte Leistungen (SIL)» zur Übernahme beantragt werden können, so wie die SIL auch bei Erwachsenen (z.B. Weiterbildungskosten) beantragt werden können. Die Sozialhilfe ist bereits jetzt kein starres System, es geht auf nachvollziehbare individuelle Bedürfnisse ein.

Bei jungen Erwachsenen und vorläufig Aufgenommenen kann der Grundbedarf bis max. 30 Prozent gekürzt werden. Weshalb? Junge Erwachsene sollen mehr Druck spüren, im Sinne von «fördern und fordern». Gekürzt wird bei denjenigen, welche weder eine Ausbildung absolvieren noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen und mehr als 6 Monate Sozialhilfe beziehen. Insbesondere junge Erwach-



Hans-Peter Kohler

sene sollen klar erkennen, dass die Sozialhilfe als Überbrückung dient, bis eine Ausbildung und/oder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wird. Der Anreiz zur Arbeitsaufnahme soll möglichst gross sein. Eine geordnete berufliche Tagesstruktur ist bei jungen Menschen besonders wichtig.

Wie stehen Sie zum «Volksvorschlag für eine wirk-same Sozialhilfe»? Ich lehne diesen vehement ab. Der linke Volksvorschlag will sogar ca. 20 Millionen mehr in der Sozialhilfe im Vergleich zum geltenden Recht ausgeben, das kann es doch nicht sein! Der Volksvorschlag richtet sich stur nach den SKOS-Richtlinien und möchte bedürftige Personen, die ab dem 55. Lebensjahr arbeitslos werden, nach Ansätzen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV unterstützen. Dies würde bei dieser Altersgruppe zu klaren Fehlanreizen führen, der Druck zur beruflichen Integration in den ersten Arbeitsmarkt würde dadurch stark gedämpft und erst noch massive Mehrkosten für die Allgemeinheit, d.h. für die Steuerzahler, auslösen.

Weiterführende Informationen zur Änderung des Sozialhilfegesetzes finden Sie im beiliegenden Flyer oder auf www.aenderung-sozialhilfe.ch.

Hans-Peter Kohler ist FDP-Grossrat und präsidiert die Sozial- und Gesundheitskommission des Kantons Bern (GSoK). Der Arzt und Professor ist Gemeinderat von Köniz und steht dem Ressort Bildung und Soziales vor. Im Herbst kandidiert er für den Nationalrat.

Wahlen 2019

Unsere 11 Frauen und 13 Männer für den Nationalrat und Christa



Markwalder Christa
Juristin, Nationalrätin,
Ständeratskandidatin,
Burgdorf



Bircher Laura
Juristin, Mitglied Grosser
Gemeinderat, Gümligen



Deckert Madeleine
Kauffrau, Gemeindepräsidentin
Evilard-Leubringen/Maggingen-
Macolin, Evilard



Esseiva Claudine
Betriebsökonomin FH, Senior
Consultant bei einer Kommunika-
tionsagentur, Stadträtin, Bern



Evard Amélie
Studentin Recht (Mlaw), Junior
Consultant, Stadtratspräsidentin,
Nidau



Fankhauser Karin
MSc Business Administration,
Abteilungsleiterin, Stadträtin,
Burgdorf



Frost-Hirschi Andrea
Juristin, Arbeitsrichterin
Berner Oberland, Spiez



Hess Sandra
Kauffrau, Stadtpäsidentin,
Grossrätin, Nidau



Kölliker Lenka
Vizedirektorin Risk Management,
Gemeinderätin,
Vielbringen b. Worb



Lehmann-Gygax Marianna
Hotelkauffrau,
Gemeindepräsidentin, Wilderswil



Richner Simone
Rechtsanwältin, Bern

Fortsetzung von Seite 1

Soll künftig also nur noch eine Frau im Ständerat sitzen? Nein! Diese Entwicklung muss aufgehalten und der Frauenanteil im Ständerat wieder erhöht werden. Denn nur gemischte Teams mit Frauen und Männern können das Rezept für die Zukunft sein! Gemäss einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft

in Kiel (IfW)¹ fällen gemischte Teams mit Frauen und Männern ausgewogenere und damit bessere Beschlüsse. Deshalb müssen auch die politischen Gremien gut durchmischt sein, und deshalb muss Christa Markwalder Ständerätin werden!

Mehr Frauen in politischen Gremien motivieren mehr Frauen, sich politisch zu engagieren. Dies führt zu mehr weiblichen Parteimitgliedern, was wiederum eine bessere Durchmischung der Parteiorgane ermöglicht. Vermehrt werden Unternehmen von weiblichen Chefs, die in einer Welt von Smart Economy beispielsweise «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» täglich vorleben, geführt. Daran sollten wir uns auch in der Politik ein Vorbild nehmen. Bereits bei den kommenden Wahlen wird sich zeigen, ob Frauen andere Akzente setzen und wie sich der Charakter der FDP.Die Liberalen des Kantons Bern dadurch verändert. Wir dürfen gespannt sein!

Mit Freude kann festgestellt werden, dass wir im Sinne von «Gemeinsam weiterkommen» für die Zukunft sehr gut aufgestellt sind und ein starkes Team bilden.

Lassen Sie sich bereits vom frischen Wind auf den Seiten 4 und 5 inspirieren.

Helfen Sie uns beim Mobilisieren der Parteibasis und der Wählenden! Dies ganz nach dem Motto «Gemeinsam weiterkommen».

Besuchen Sie mit Ihren Familien und Freunden die Anlässe (die Daten finden Sie jeweils auf www.fdp-be.ch sowie den Social-Media-Kanälen #gemeinsamweiterkommen), und überzeugen Sie sich vom Engagement und Power unserer Kandidatinnen und Kandidaten.

Wir freuen uns auf Sie und Ihre Unterstützung!

Konrad E. Moser
Wahlkampfleitung

Barbara Freiburghaus
Präsidentin FDP Frauen Kanton Bern

¹ <https://www.spiegel.de/karriere/frauen-und-maenner-gemischte-teams-faellen-bessere-entscheidungen-a-1137656.html>

Markwalder für den Ständerat



Wasserfallen Christian
Maschineningenieur FH,
Nationalrat (bisher), Bern



Arn Daniel
Unternehmer, Grossrat,
Muri b. Bern



Dütschler Peter
Pat. Ingenieur Geometer ETH,
Unternehmer, Grossrat,
Hünibach



Haas Adrian
Dr. iur. Fürsprecher, Direktor,
Grossrat, Bern



Haudenschild Peter
Zimmermeister, Geschäftsführer,
Niederbipp



Kohler Hans-Peter
Arzt, Prof. Dr. med., Gemeinderat
Ressort Bildung & Soziales,
Grossrat, Spiegel b. Bern



Lüthi Jürg
Malermeister, Unternehmer,
Mühlethurnen



Rubin Nicolas
Enseignant, Entrepreneur,
Tavannes



Schär Michael
Holzbauingenieur FH, Stv.
Geschäftsführer Familienunter-
nehmen, Stadtrat, Langenthal



Schmidt Alexandre
Master Public Administration
MPA, Vice President
Eignerbeziehungen, Bern



Siegenthaler Mathias
MBA, Geschäftsführer,
Wimmis



Sommer Peter
dipl. Baumeister, Geschäfts-
führer, Grossrat, Wynigen



Zimmerli Christoph
Dr. iur. LL.M Rechtsanwalt,
Grossrat, Bern

Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019

Die kantonale Delegiertenversammlung hat folgende Parolen beschlossen:

Kanton Bern

Änderung des Sozialhilfegesetzes

- **Ja zur Vorlage des Grossen Rates**
(89 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)
- **Nein zum Volksvorschlag**
(2 Ja-, 91 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Bund

- **Ja zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)** (83 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)
- **Ja zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie** (73 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

#gemeinsamweiterkommen



Politische Partizipation in der Digitalisierung

Jungfreisinnige Kanton Bern

Aktive Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer Demokratie. Es ist jedoch Fakt, dass junge Erwachsene eine überdurchschnittlich tiefe Wahlbeteiligung aufweisen und unterdurchschnittlich oft in kommunalen Gremien vertreten sind. Dies stellt allerdings keinesfalls ein rein schweizerisches Phänomen dar. So haben schätzungsweise nur ungefähr ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen an der Brexit-Abstimmung teilgenommen, wohingegen die Teilnahme der über 65-Jährigen bei mehr als Vier Fünftel lag.

Die Jungfreisinnigen Kanton Bern sind davon überzeugt, dass junge Erwachsene zur politischen Teilnahme bewegt werden sollen. Denn nur unter Einbezug sämtlicher Stimmberechtigter kann eine Politik verfolgt werden, welche im Interesse aller Altersgruppen und damit der gesamten Gesellschaft steht – Beispiel: Altersvorsorge. Das regelmässige Ausfüllen eines Stimmzettels stellt jedoch nur eine Möglichkeit der politischen Partizipation dar. Daneben gibt es zahlreiche alternative – teilweise auch digitale – Instrumente, um sich in die politische Meinungsbildung einzubringen. So können beispielsweise junge Erwachsene dank der Onlineplattform «engage.ch» des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente ihre Anliegen und Ideen zu lokalen Themen online einbringen. Zugleich können Gemeinden die Onlineplattform benutzen, um junge Erwachsene in ihre Gemeindestrukturen einzubeziehen, sei dies mittels Onlinebefragungen oder einer Vermittlungsplattform. So finden Gemeinden und junge Politikinteressierte rasch und unkompliziert zusammen.

Mit einem ähnlichen Konzept ermöglicht die Plattform «wecollect.ch» das Online-Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden und eröffnet damit Wege einer effizienten Online-Mobilisierung. In Verbindung mit den gängigen sozialen Medien könnte mithilfe dieser Plattform die Mindestunterschriftenzahl für Initiativen und Referenden innert kürzester Zeit aufgebracht werden. Daneben gehört die «Policy Kitchen» des Forums für Aussenpolitik «Foraus» aktuell zu den wichtigsten digitalen Innovationsplattformen in Zusammenhang mit politischer Partizipation. Diese will insbesondere die kollektive Intelligenz zur Erarbeitung konkreter Lösungsansätze für dringende aussenpolitische Herausforderungen nutzen.

An dieser Stelle soll jedoch erwähnt werden, dass es keineswegs das Ziel der JFBE ist, die gängigen Partizipationsformen zu ersetzen. Die digitalen Partizipationsinstrumente sollen ergänzend wirken und insbesondere diejenige Menschen anziehen, welche sich durch klassische Partizipationsformen nicht angesprochen fühlen. Die JFBE haben sich zur Aufgabe gemacht, sich dem Thema der politischen Partizipation anzunehmen, und haben deshalb die Partizipation als eines der Hauptwahlthemen für die kommenden Nationalratswahlen definiert. Konkret würden es die JFBE begrüßen, wenn die Instrumente der politischen Partizipation grundsätzlich niederschwelliger gestaltet würden. So würde beispielsweise die Möglichkeit einer Online-Mitwirkung im kommunalen Raumplanungsverfahren unseres Erachtens jüngere Bürgerinnen und Bürger dazu animieren, sich aktiver



Die 28-jährige Laura Bircher wuchs in einem liberalen Haushalt in Muri b. Bern auf. Nach der Matura im Gymnasium Kirchenfeld verliess sie den Kanton Bern in Richtung Osten und lebte fünf Jahre lang in St. Gallen, wo sie an der HSG Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studierte. Zurzeit arbeitet sie als Juristin bei einer Rechtsschutzversicherung und wird im Sommer dieses Jahres eine Stelle als Assistentin und Doktorandin an der Universität Bern antreten. Politisch engagiert sie sich auf kommunaler Ebene im Grossen Gemeinderat und im Ausschuss für Kinder- und Jugendfragen der Gemeinde Muri b. Bern. Zudem ist sie Wahlkampfleiterin und Parteileitungsmitglied der FDP Muri-Gümli- und im Vorstand der Jungfreisinnigen Kanton Bern.

am Gestaltungsprozess zu beteiligen. Wir sahen es aber auch als sinnvolle Ergänzung, Onlineplattformen parteiintern zur Erarbeitung von Inhalten – ganz im Sinne der kollektiven Intelligenz – zu nutzen. Wir sind sehr gespannt zu sehen, wie sich die politische Partizipation inskünftig aufgrund der neuen technischen Möglichkeiten entwickeln wird, und appellieren an unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich aktiv am politischen Geschehen – sei dies online oder offline – einzubringen.

Laura Bircher
Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Kanton Bern

Soutenir les entreprises industrielles formatrices

Jura bernois

Le Jura bernois (ainsi que la région de Bienne-See-land) est l'une des régions les plus industrialisées de Suisse. Près de 50 pour cent des emplois se trouvent dans le secteur secondaire. La fabrication de machines, d'outillages et de composants micro-techniques, médicaux, dentaires, électroniques et horlogers caractérisent les activités de cette région. La production est essentiellement exportée, ce qui soumet cette branche à des cycles économiques réguliers, dont l'amplitude et la fréquence tendent à augmenter.

Face à ces cycles, l'outil du chômage partiel est une réponse adaptée que les entreprises utilisent de manière rigoureuse et intelligente lorsque cela est nécessaire. Nous rappelons également que la caisse chômage est alimentée par les cotisations des entreprises et des travailleurs.

Ainsi, lors de la crise de 2009 (provoquée par les spéculateurs du monde financier), plusieurs entreprises ont chômé partiellement durant quelques périodes. En 2015 également, le ralentissement économique a nécessité le recours au chômage partiel. Cet outil fonctionne globalement bien.

Nous avons toutefois constaté une lacune fondamentale dans son application: durant une période de chômage partiel (RHT), les apprentis ne peuvent pas chômer. Leur formation doit continuer (exigence légale). Ainsi, cette obligation met les entreprises formatrices dans une situation contradictoire: d'un côté, les travailleurs (et donc les formateurs) doivent chômer et de l'autre il faut former des apprentis. Les autorités encouragent les entreprises à placer les apprentis dans d'autres entreprises. Cette mesure est très difficilement applicable. Premièrement, les autres entreprises capables de former sont en générale aussi touchées par le chômage. Deuxièmement, former un apprenti nécessite une organisation, des ressources et un savoir-faire spécifique. On ne transfère pas 5 ou 10 apprentis dans une autre entreprise aussi simplement et rapidement.

Sous l'impulsion des milieux économiques du Jura bernois (mais aussi de Bienne et des cantons industriels de Neuchâtel, Soleure et Jura), différentes démarches ont été menées depuis 2015 pour éviter le problème précité.

Concrètement, la proposition est de permettre aux formateurs de continuer à former les apprentis lorsqu'il y a une période de chômage partiel autorisée. Selon la pratique actuelle, les formateurs sont à la maison en train de tondre le gazon, de s'amuser ou de regarder la télévision... et ils touchent des indemnités de chômage pour cela! La proposition est que les formateurs continuent de former... et qu'ils touchent des indemnités de chômage pour cela. Coût pour l'état: 0 franc.

Cette proposition a fait l'objet d'une motion au Conseil national en automne 2018 (motion no 16.3884, intitulée «Soutien rapide aux entreprises formatrices dans le cadre des RHT»).

A notre grand regret, nous avons constaté que l'immense majorité du groupe libéral-radical a refusé cette motion. Elle a été acceptée grâce aux voix de l'UDC et du PS... Cette motion doit désormais être soumise au vote au Conseil des Etats.

Pour notre section, très active dans le Jura bernois dans la défense de l'industrie et de l'emploi, c'est un camouflet. Nos membres sont des entrepreneurs, des artisans et des personnalités ayant très souvent des responsabilités importantes dans l'industrie et l'artisanat. Ils ne comprennent pas que le

PLR s'oppose de manière aussi frontale à une mesure qui ne coûte rien et qui apporte beaucoup à une branche économique essentielle pour la Suisse.

Le canton de Berne est le plus industrialisé de Suisse et nous pouvons en être fiers. Les autorités cantonales en sont conscientes et ont déjà prouvé à plusieurs reprises leur sensibilité envers cette



Nicolas Curty

branche. Par contre, nous observons que l'industrie est plutôt mal défendue au niveau fédéral, contrairement à d'autres secteurs économiques tels que les banques, les assurances ou encore l'agriculture. Il ne s'agit pas ici de réclamer une politique étatique de soutien à l'industrie, bien au contraire. Le cadre libéral et la responsabilité individuelle doivent prévaloir. Par contre, les conditions-cadre constituent un élément stratégique de notre succès futur. Former des apprentis de manière efficace fait clairement partie des dites conditions-cadre. Nous espérons que, à l'avenir, le groupe PLR au Conseil national s'intéresse de manière plus sérieuse à la réalité du terrain avant de voter de manière aussi déterminée contre sa base électorale.

**Nicolas Curty, Président de la section PLR
Bas de l'Orval (Valbirse, Sorvilier, Court, Champoz)**

Wechsel in der Parteileitung

Nach 6 Jahren in der kantonalen Parteileitung ist Bernhard Schüpbach, Langnau i.E., per Ende 2018 zurückgetreten. Der ehemalige Gemeinderat von Frutigen war zuerst für das Ressort Zukunft/Vision zuständig und kümmerte sich in den letzten Jahren um das Ressort Sektionen und Kreisparteien. In seinem Rücktrittsschreiben schlug er gleich Mathias Siegenthaler aus Wimmis als Nachfolger vor. Die Parteileitung folgte diesem Vorschlag und nominierte Siegenthaler zu Händen der Delegiertenversammlung vom 3. April 2019. Mathias Siegenthaler hat vor einigen Jahren die neue FDP-Sektion Niderrsimmental gegründet und präsidiert inzwischen die Kreispartei Berner Oberland. Im Herbst kandidiert der 35-Jährige für den Nationalrat.



Bernhard Schüpbach und Mathias Siegenthaler

Die Parteileitung dankt Bernhard Schüpbach für die langjährige Zusammenarbeit und den Einsatz für unsere Partei. Mathias Siegenthaler wünscht sie viel Freude und Erfolg im neuen Amt.



Digitaler Wahlkampf

Mit modernen Instrumenten Menschen erreichen

Immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf den digitalen Kanälen. Als fortschrittliche Partei wollen wir diese Chancen nutzen und investieren darum in digitale Instrumente. Eines davon halten Sie in den Händen: Ab sofort können Sie den «Freisinn» nicht nur lesen, sondern erleben.

Wir wollen bei den Menschen als liberale und fortschrittliche Kraft spürbar sein. Wir wollen sie dort erreichen, wo sie sich bewegen. Dabei werden neue Kanäle und moderne Instrumente immer wichtiger, denn immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf neuen Wegen. Sie ersetzen klassische Wahlkampfmittel nicht, sondern ergänzen sie. Als Partei des Fortschritts ist es für uns klar, dass wir diese Chancen nutzen wollen.

Hautürwahlkampf ist erfolgreich

So etwa unser digital gestützter Tür-zu-Tür-Wahlkampf (der «Freisinn» berichtete). In einigen Gemeinden in Zürich, Baselland und Luzern gingen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Haustür zu Haustür und wurden dabei von digitalen Instrumenten und Analysen unterstützt. Dieses neue Instrument verbindet den persönlichen Kontakt mit den neuen digitalen Möglichkeiten und ist vielversprechend angelaufen: Auswertungen von gfs.bern zeigen, dass ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Wähleranteil erzielt werden konnte. Was auf den ersten Blick nach wenig klingt, ist in Wirklichkeit sehr viel, denn in der stabilen Schweiz können solche Verschiebungen grössere Veränderungen nach sich ziehen. Auf Anhieb einen solchen Effekt zu erzielen, ist also beachtlich. Jetzt werden wir die Massnahme noch verbessern und auf die ganze Schweiz ausweiten.

Den Freisinn nicht nur lesen, sondern erleben

Ein anderes digitales Instrument halten Sie soeben in den Händen! Den «Freisinn» wird es auch in Zukunft noch in Papierform geben, aber wir reichern ihn digital an. Laden Sie gleich die App «XTEND» auf Ihr Smartphone, und entdecken Sie den «Freisinn» ganz neu – auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel unser 360-Grad-Video zur Vision! Die sogenannte «Augmented Reality» bietet eine einmalige Schnittstelle zwischen klassischen Mitteln und neuen Technologien. Das Lesen wird zum Erlebnis. Wir werden nicht nur den «Freisinn» mit solchen Elementen anreichern, sondern beispielsweise auch

Unterstützen Sie uns, und folgen Sie uns hier:



Facebook: @fdp.dieliberalen



Twitter: @FDP_Liberalen



Instagram: @fdp_plr



Youtube: FDP Schweiz



Linkedin: FDP.Die Liberalen Schweiz

Plakate aufhängen, welche die Menschen durch ihr Smartphone ganz neu erleben können.

Des Weiteren hat die FDP Schweiz einen Messestand angeschafft, welcher von den Kantonal- und Ortsparteien für Anlässe gebucht werden kann. Dort haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, unsere Petra Gössi auf dem Buochserhorn zu besuchen – nämlich mit einer «Virtual Reality»-Brille. Mit diesem Messestand können wir Menschen die Möglichkeiten neuer Technologien direkt und vor Ort vorführen.

Folgen Sie uns auf den digitalen Kanälen

Wenn Sie die sozialen Netzwerke nutzen, haben Sie uns sicher schon auf Twitter, Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube gefunden. Auf diesen neuen Kanälen erreichen wir mehr Menschen und können uns mit ihnen austauschen. Seit längerer Zeit übertragen wir zudem alle wichtigen Veranstaltungen live auf den sozialen Medien. Folgen Sie uns auf Facebook und den anderen Kanälen, und helfen Sie uns zu mobilisieren!

Marcel Dobler, Nationalrat SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.

2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».

3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Jetzt erst recht!

Gemeinsam die Chancen der Zukunft packen

Die letzten kantonalen Wahlen lassen aufhorchen. Die bürgerlichen Parteien haben verloren, die Grünen gewonnen. Diesen Trend einfach auf die Klima- und Umweltpolitik zu schieben, wäre aber falsch. Die Menschen wollen Lösungen für die Probleme, die sie beschäftigen. Sie glauben an die Zukunft und wollen ernst genommen werden. Hier liegt die Chance der FDP – packen wir sie!

Seit den nationalen Wahlen 2015 ist die FDP im Aufwind. Wir sind die stärkste Kraft in den Kantonen und den Städten. Aber die letzten Wahlen in den Kantonen Zürich, Baselland, Luzern und im Tessin verliefen nicht so, wie wir uns das gewünscht haben. Während die Verluste schmerzen, konnten wir aber auch einen grossartigen Sieg ver-

buchen: Die glänzende Wahl von Fabian Peter in den Luzerner Regierungsrat – und das im ersten Wahlgang. Ein frischer Wind!

Mit Herz auftreten

Nichts desto trotz: Die Wahlen sind ein klarer Weckruf! Wir dürfen uns weder auf unseren Lor-

beeren ausruhen noch uns unterkriegen lassen! Wir müssen als zukunftsorientierte, fortschrittliche Kraft mit liberalen Ideen und Lösungen auf die Sorgen der Menschen antworten. Wir müssen unsere Mitglieder mobilisieren und flächendeckend auf der Strasse präsent sein. Wir müssen mit Herz bei den Menschen auftreten. So können wir trotz Gegenwind gewinnen.

Die Menschen wollen Fortschritt!

Die kantonalen Wahlen zeigen eindrücklich: Die Menschen wollen Fortschritt. Und sie wollen für die Probleme, die sie beschäftigen, Lösungen sehen. Das heisst aber nicht, dass sie sich radikale Veränderungen wünschen. Sie wollen ernst genommen werden. Das gilt nicht zuletzt für das Thema, das die Wählerinnen und Wähler zurzeit am meisten beschäftigt: Die Umwelt- und Klimapolitik. Die FDP hat sich dieses Themas angenommen. Mithilfe der Befragung all unserer 120'000 Mitglieder werden wir noch vor den Sommerferien eine Umweltpolitik präsentieren, die nicht einfach auf Verboten und Bevormundung basiert. Das Ziel sind breit abgestützte Rezepte für eine liberale Umwelt- und Klimapolitik als echte Alternative zur staatsverliebten Politik der Grünen. Wir wollen nicht zurück, wir wollen nach vorne – denn Umweltpolitik geht uns alle an.

Gemeinsam mobilisieren und weiterkommen – jetzt erst recht!

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und einen erfrischenden Wahlkampf machen. Hierfür brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Denn jeder Einzelne kann auf seine Art, mit seinen eigenen Fähigkeiten etwas zum #TeamFDP beitragen. Sei es durch die Mithilfe beim Organisieren eines Anlasses, beim Verbreiten unserer Positionen auf den sozialen Medien oder beim Unterstützen der lokalen Tür-zu-Tür-Mannschaft durch einen selbstgebackenen Kuchen.

Wir zählen auf Sie! Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter, und tragen wir unsere liberale Vision nach aussen, dann wird uns das im Herbst zugutekommen! Jetzt erst recht!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen

Jetzt beim #TeamFDP anmelden!

Um Teil des #TeamFDP zu werden, können Sie sich anmelden unter

<https://www.teamfdp.ch/mitmachen>

oder das Bild mit der XTEND-App scannen.



Für die Wahlen im Herbst müssen wir zu den Leuten gehen und mobilisieren – es braucht jetzt alle!



«Der bilaterale Weg ist die Schweizer Lösung»

Hans Hess zum Rahmenabkommen

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Rahmenabkommen von grosser Bedeutung. Hans Hess, Präsident des Industrieverbandes Swissmem, äussert sich im Interview über den Wert der Bilateralen, nötige Klärungen und den Mehrwert des Rahmenabkommens für die Bevölkerung.

Herr Hess, der Schweizer Wirtschaft geht es heute gut. Und morgen? Das hängt wesentlich davon ab, ob in der Schweiz die bisher guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen bleiben. Die Schweizer Unternehmen haben in der Vergangenheit stets die richtigen Antworten auf konjunkturelle Schwankungen oder technologische Herausforderungen gefunden. Das wird auch künftig so sein.

Die Rahmenbedingungen entscheiden jedoch darüber, ob die Unternehmen die jeweils notwendigen Massnahmen in der Schweiz umsetzen oder im Ausland. Letzteres gilt es zu verhindern. Und da ist die Politik gefordert.

Sie haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Warum? Mit dem bilateralen Weg hat die

Schweiz im Verhältnis zur EU die bestmögliche Lösung gefunden. Er wurde mehrmals vom Volk in Abstimmungen gestützt und ist weiterhin der einzig mehrheitsfähige Weg. Das institutionelle Abkommen eröffnet der Schweiz die Chance, diesen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen und den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Das war, ist und bleibt das Hauptziel. Zudem schafft es Rechtssicherheit, ermöglicht den Abschluss neuer Abkommen, bewahrt die schweizerische Souveränität und bringt einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Wären diese Vorteile nicht auch ohne Rahmenabkommen zu haben? Die Frage ist hier: Was wären die Alternativen? Eine noch stärkere Integration mittels EWR- oder sogar EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage und wäre auch nicht mehrheitsfähig. Ohne institutionelles Abkommen wird sich der Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern, weil die EU nicht mehr bereit ist, die bestehenden Marktzugangsabkommen zu aktualisieren. Mittelfristig drohen so die Wirtschaftsbeziehungen zur EU materiell auf das Niveau des veralteten Freihandelsabkommens von 1972 zurückzufallen. Auch das ist keine Option. Es ist deshalb unsere grosse Verantwortung, den erfolgreichen und massgeschneiderten bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es das institutionelle Abkommen. Und zwar jetzt.

Sind Nachverhandlungen nötig? Die EU hat mehrmals betont, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Es braucht aber eine Handvoll Klärungen. Solche Klärungen sind laut EU-Kommission möglich. Aus meiner Sicht betrifft dies folgende Punkte: Erstens muss die EU zusichern, dass die Schweizer Lohnkontrollen der Sozialpartner nicht durch das EU-Entsenderecht und die Durchsetzungsrichtlinie beeinträchtigt werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass bei der Unionsbürgerrichtlinie maximal die Bestimmungen mit konkretem Bezug zum Arbeitsmarkt übernommen werden müssen. Und schliesslich soll bei den staatlichen Beihilfen die auch für Unternehmen wichtige Steuerhoheit der Kantone sowie der Schweiz nicht beschränkt werden.

Was hätte denn die breite Bevölkerung von einem Rahmenabkommen? Mit einem Ja zum Rahmenabkommen schüfe das Volk die Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Im Gegenzug erhielte das Volk Investitionen in den hiesigen Standort, sicherere Arbeitsplätze, Wohlstand und somit auch genügend Mittel für die Sozialwerke, Bildung, öffentliche Einrichtungen sowie die Bewahrung der Umwelt. Das Erfolgsmodell Schweiz fände seine Fortsetzung. So können wir gemeinsam weiterkommen.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Die Schweiz glänzt heute durch gute Rahmenbedingungen, Offenheit für die Digitalisierung und Sozialwerke, die niemanden auf der Strecke lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn mit radikaler Umverteilung und Rückwärtsgewandtheit gefährdet die Linke den Zusammenhalt in unserem Land.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen und kann unsere Gesellschaft in wichtigen Fragen, wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterbringen. Für die Linke dagegen ist sie primär eine Horrervision. Gefordert wird u. a. ein «Recht auf eine analoge Welt» oder ein Recht auf Abschalten aller Kommunikationsgeräte nach Arbeitsschluss. Das ist nicht nur kaum umsetzbar und bevormundend, sondern auch kurzsichtig. Diese Rückwärtsgewandtheit gefährdet Arbeitsplätze und widerspricht den Bedürfnissen der Menschen: Denn unsere Gesellschaft ändert sich. Wir sollten auf diese neuen Realitäten eingehen und mehr Flexibilität ermöglichen – auch im Interesse des gesellschaftlichen Miteinanders.

Realitätsferner «Klassenkampf»

Gefährdet wird das «Miteinander» auch an anderer

Stelle. In Klassenkampfmanier haben die JUSO kürzlich ihre 99-Prozent-Initiative eingereicht. Sie wollen damit Kapitaleinkommen 1,5-mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Geht es nach der Linken, sind wohlhabende Personen und die Wirtschaft die Wurzel allen Übels und tragen nichts zur Allgemeinheit bei. Die Realität sieht anders aus: Die Schweiz ist das europäische Land mit der ausgewogensten Einkommensverteilung vor Steuern und Unterstützungszahlungen. Die Zahlen zeigen, dass der erarbeitete Wohlstand in der Schweiz allen zugutekommt.

Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz

Die 99-Prozent-Initiative verzerrt die Realität und dividiert eine sehr gut funktionierende Schweiz unnötig auseinander. Denn mit guten steuerlichen Standortbedingungen tragen wir dazu bei, dass in



Ruedi Noser

die Schweiz investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Ich leiste gerne meinen Beitrag, weil er dazu beiträgt, Erfolg zu ermöglichen, und meinen Kindern wieder Chancen gibt – damit wir gemeinsam weiterkommen. Ob bei der Besteuerung oder der Digitalisierung: Wir sollten unsere Stärken wahren und nicht damit anfangen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Stärken wir das Unternehmertum

Wenn die Schweiz für die Menschen im Land Perspektiven ermöglichen will, dann müssen wir den Arbeitsplätzen und dem Unternehmertum Sorge tragen. Die Politik muss Raum lassen für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Innovation.

Menschen brauchen Perspektiven: Das Gründen eines Unternehmens sollte einfach und attraktiv sein, denn Selbstständige bringen die Schweiz voran. Die Anerkennung der Selbstständigkeit ist leider oft viel zu schwierig – aufgrund der Bürokratie. Praxisgemeinschaften, Untermietverhältnisse oder Arbeitsgemeinschaften sind diese Kooperationen nur eingegangen, um Effizienzgewinne zu realisieren. Sie werden aber oft zu Unrecht als eigenständige wirtschaftliche Einheiten und damit als mehrwertsteuerpflichtig eingestuft.

Start-ups stärken

Mit einem Vorstoss will ich die Selbstständigkeit vereinfachen und die Behördenwillkür einschränken: Wer als Selbsterwerbender AHV-erkannt ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der MWSt) zu behandeln. Und wer bei der AHV als selbstständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können.

Auch meine Fraktionskollegen sind bestrebt, das Unternehmertum zu stärken: Ein Vorstoss von Ruedi Noser will Start-ups und Familienunternehmen bei Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich entlasten und so die Innovationsförderung vorantreiben.

Und NR Regine Sauter fordert, dass Jungunternehmer selber entscheiden können, ob sie bei der Arbeitslosenversicherung versichert sein und somit Lohnbeiträge entrichten wollen oder nicht. Denn sie haben heute keinen unmittelbaren Anspruch auf ALV-Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anstelle einer Versicherung wäre Start-ups eher gedient, wenn sie diese Mittel zielgerichtet ins Unternehmen investieren könnten.

Regulierungsflut bremsen

Ein zentrales Anliegen ist uns zudem die Bekämpfung der zunehmenden Menge an neuen Regulierungen. Die FDP Fraktion lancierte eine «Regulierungsbremse» nach dem Vorbild der bewährten



Daniela Schneeberger

Schuldenbremse. Während das Parlament den Handlungsbedarf erkannt hat, ist der Bundesrat bei diesem wichtigen Thema viel zu zögerlich. Nur wenn es uns gelingt, den Unternehmerinnen und Unternehmern den Rücken zu stärken, bleiben wir als Land erfolgreich und können für die Menschen Perspektiven schaffen. Und nur wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind, haben wir auch die nötigen finanziellen Ressourcen, um drängende Probleme unserer Gesellschaft anzugehen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Ja zu gleich langen Spiessen für KMU

Ja zur AHV-Steuervorlage

Die AHV-Steuervorlage schafft die nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung ab und sieht dabei Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Für den Schweizer Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU bietet die AHV-Steuervorlage ein grosses Plus.

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Unternehmensbesteuerung international stark verändert. Zu den international nicht mehr akzeptierten Steuerpraktiken zählt die kantonale Sonderbesteuerung, von der bisher international tätige Statusgesellschaften profitieren. Ihr Gewinnsteuersatz ist im Vergleich zu anderen Unternehmen niedriger. Die AHV-Steuervorlage ermöglicht die Abschaffung dieser Sonderbesteuerung.

Diese Ausnahmeregelungen ganz ohne Begleitmassnahmen abzuschaffen, ist jedoch keine Option, weil das zu einem extremen Anstieg der Steuerlast führen würde. Die Folgen wären Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern, weniger Aufträge für KMU und Verluste von Arbeitsplätzen – eine Ablehnung der AHV-Steuervorlage

schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz massiv.

Ein Nein hätte erhebliche Auswirkungen

Ich höre oft die Aussage, «der Exodus wichtiger Beitragszahler in die Kassen der direkten Bundessteuer hätte keine erheblichen Auswirkungen auf das Schweizer Wirtschaftsgefüge». Das ist falsch.

«Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren.»

Heute machen die von diesen Unternehmen bezahlten Steuern fast 50 Prozent der Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung aus. Das entspricht über 5 Milliarden Franken. Zusätzlich entrichten Statusgesellschaften weitere Milliarden in Form von Abgaben wie zum Beispiel der Mehrwert- und Liegenschaftssteuer, der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Einkommenssteuern der Arbeitnehmenden. Es ist also entscheidend, diese grossen Steuerzahler in der Schweiz zu halten. Nur so können wir der gesamten Bevölkerung ein gutes Niveau von staatlichen Leistungen garantieren. Die Schweiz benötigt eine Steuerreform, welche trotz Abschaffung der Steuerprivilegien attraktiv für die internationalen Unternehmen bleibt.

Standortattraktivität mit der Steuervorlage erhalten

Die AHV-Steuervorlage schafft die Sonderbesteuerung ab und sieht Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Die Patentbox zum Beispiel fördert Forschung und Entwicklung, indem die Gewinne daraus ermässigt besteuert werden. Das Instrument ist international erprobt und breit akzeptiert. Damit die Schweiz im internationalen Wettbewerb fit bleibt, braucht sie gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenzstandorte.

Die AHV-Steuervorlage sieht noch weitere Abzüge bei Investitionen in Forschung und Entwicklung vor. Dies ist insbesondere für die innovativen KMU interessant, denn für sie ist ein starkes und internationales wirtschaftliches Umfeld unverzichtbar. Die sogenannten Statusgesellschaften sind wichtige Nachfrager ihrer Produkte und Dienstleistungen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und die KMU sind auf ein attraktives Steuersystem angewiesen, und genau dieses bietet die AHV-Steuervorlage.

Sagen Sie Ja zu einem starken Standort

Die Standortattraktivität mittels AHV-Steuervorlage zu erhalten, ist sehr wichtig und dringend. Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren, Arbeitsplätze schaffen und sich damit massgeblich an der Finanzierung unseres Staats beteiligen. Deshalb sagt die FDP klar Ja zur AHV-Steuervorlage und damit Ja zu einer Schweiz mit Zukunft.

Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat ZH

Das Arbeitsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat auch diejenige des Ständerats meiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» zugestimmt. Um Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können und die Pendlerströme zu reduzieren, soll die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmenden im Homeoffice erhöht werden. Dafür soll der Spielraum bei der Einteilung ihrer Arbeitszeit erhöht werden.

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, aber unser Arbeitsrecht ist noch industriell geprägt. Zurzeit steht im Gesetz, dass die Arbeit an einem Tag innerhalb eines Zeitraums von 14 Stunden erbracht werden muss. Das heisst nicht, dass die Arbeitnehmenden an einem Tag während 14 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das heisst nur, dass Arbeitnehmende, die ihre Arbeit z.B. um 7 Uhr aufgenommen haben, ab 21 Uhr nicht mehr arbeiten dürfen, und zwar unabhängig davon, wie viele Stunden sie zwischen 7 Uhr und 21 Uhr gearbeitet haben.

Arbeitsrecht an heutige Bedürfnisse anpassen

Die Realität sieht heute jedoch u.a. aufgrund der Digitalisierung für immer mehr Leute anders aus. In vielen Branchen findet bereits ein flexibler Umgang mit Homeoffice statt. Je nach Ausgestaltung befindet man sich aber, ohne es zu wissen, in einem juristischen Graubereich.

Die Initiative will die rechtlichen Grundlagen an

die heutige Zeit anpassen, auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen und dieser unnötigen, veralteten Bürokratie den Riegel schieben. Neu soll es Müttern und Vätern, die beispielsweise um 7 Uhr ihre Kinder wecken und um 21 Uhr ins Bett bringen, erlaubt sein, vor und nach der Kinderbetreuung noch ein geschäftliches Mail zu schreiben, um sich zwischen 18 und 21 Uhr voll und ganz der Kinderbetreuung widmen zu können. Darum soll der Zeitraum der Arbeit von 14 Stunden auf 17 Stunden erweitert werden.

Es ist aber explizit nicht das Ziel, die wöchentliche Höchstarbeitszeit anzutasten. Die maximale Dauer der Arbeitszeit – wöchentlich 45 Stunden oder im Schnitt neun Stunden pro Tag – bleibt durch die Initiative unberührt. Zudem gilt auch weiterhin die individuell festgelegte Arbeitszeit, meist 42 Stunden pro Woche. Auch soll niemand dazu verpflichtet werden, 17 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies aus dem einfachen Grund, dass die



Thierry Burkart

gesetzlich festgelegte, tägliche Ruhezeit weiterhin mindestens 11 aufeinander folgende Stunden beträgt.

Es geht also schlicht um eine Modernisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, damit wir auch arbeitsrechtlich für das digitale Zeitalter bereit sind. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung voll ausnutzen und den Arbeitnehmenden ermöglichen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren.

Thierry Burkart, Nationalrat AG

Arbeitsmarkt 2.0

Die Gesetzgebung muss angepasst werden

Die Welt ändert sich sehr schnell. Bisher krönte oft ein gut bezahltes Angestelltenverhältnis die Karriere, doch neu tendiert die Gesellschaft zu differenzierteren Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklung hat viele Gründe: Viel mehr erwerbstätige Frauen, eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung im Haushalt und die Digitalisierung waren Auslöser für viele neue Arbeitsmodelle.

Erwerbstätigkeit und Innovation fördern

Lange wurden Arbeitnehmende einfach gemäss Abhängigkeitsverhältnis in bestimmte Kategorien eingestuft (angestellt vs. selbstständig). Das ist inzwischen oft überholt: Das Arbeitsinstrument (z.B. Auto des Taxifahrers) ist häufig Eigentum des Arbeitnehmers, die Arbeitszeiten sind flexibler, und sogar die Arbeitsverhältnisse und Hierarchien sind nicht mehr so klar wie früher («Freelancer»).

Unsere Gesetzgebung muss somit angepasst werden. Die Gewerkschaften wollen die starren Arbeitsregeln für Angestellte auf alle Erwerbstätigen anwenden. Grosse Digitalunternehmen hingegen sehen eine Gelegenheit, die Arbeitskosten massiv zu reduzieren.

Die Antwort liegt, wie so oft, in der Mitte. Die FDP will die rechtlichen Bestimmungen anpassen, um sicherzustellen, dass alle einen genügenden und wirksamen sozialen Schutz haben. Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen vermieden und neue Angebote ermöglicht.

Konkret fordert die FDP die Prüfung eines Zwischenstatus – jenen des unabhängigen Arbeitneh-



Philippe Nantermod

mers. Ein solcher profitiert von einem vereinfachten Regime. Er hat gewisse Sozialversicherungspflichten, kann aber solchen entgehen, die für seinen Status nicht relevant sind. Unser Ziel: die Erwerbstätigkeit und die Innovation fördern – ohne aber das Arbeitsrecht zu unterwandern.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Visionen gehören in eine nachhaltige Unternehmenskultur

Als freisinnige Unternehmerin engagiere ich mich aus wirtschaftlicher, aber auch aus persönlicher Überzeugung für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Ich begrüsse es sehr, dass die FDP das Thema stärker in den Vordergrund rückt.

Wer als KMU seit fast 100 Jahren auf dem Markt besteht, kommt nicht um eine nachhaltige Unternehmenskultur herum. Diese umfasst nicht nur den sorgsamsten Umgang mit Mitarbeitenden, sondern auch mit den verwendeten Materialien und der Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bereits in dritter Generation führen wir als Partner die Fröhlich Info AG in Zollikon. Die grafische Branche musste sich bereits in den 90er-Jahren stark mit der emissionsfreien Produktion auseinandersetzen: Silber in den Filmen und umweltbelastende Farben, das konnte nicht sein. Wir entschlossen uns als Jungunternehmer, diese Problematik anzugehen und Lösungen zur Beseitigung von Umweltsünden zu erarbeiten. Dies hatten wir innert kurzer Zeit geschafft und sind seither immer drangeblieben. Bereits in den 80er-Jahren begeistert von der Solarenergie, gehörte eine Solaranlage

zu unseren ersten grossen Investitionen. Seit 1999 produzieren wir Solarstrom, inzwischen den Jahresbedarf von zehn Haushalten. Und wir fahren Elektromobile. Seit jeher haben wir bewusst auf Innovation und Nachhaltigkeit gesetzt, mit Erfolg.

Kluge Anreize setzen

Gerade aus Unternehmenssicht ist Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik. Dafür braucht es aber mehr als nur Eigeninitiative. Es braucht die richtigen Anreize, die Innovationen und eine besonders effiziente Produktion fördern. Dann entsteht automatisch eine nachhaltigere Wirtschaft. Und als Grundvoraussetzung für diese Nachhaltigkeit sollen in der Schule Umweltthemen noch stärker gewichtet werden.

Von der Politik erwarte ich insbesondere, dass sie Anreize für eine umweltschonende Wirtschaft



Claudia Eberle-Fröhlich und Ehemann Heinz mit der Solaranlage auf dem Dach der Fröhlich Info AG in Zollikon.

ermöglicht. Eine staatliche Überregulierung mit unnötigen Gesetzen, Kontrollen und Vorschriften ist zu vermeiden.

Claudia Eberle-Fröhlich
Unternehmerin und FDP-Mitglied

Nur gemeinsam kommen wir weiter

In dieser Ausgabe beleuchten wir im Fokus Wirtschaftspolitik verschiedene Aspekte. Aber was haben das Rahmenabkommen, «Home Office» und umweltbewusste Unternehmer miteinander zu tun? Zum Abschluss des Themenschwerpunktes erläutere ich Ihnen den Zusammenhang hinter diesen verschiedenen Themen.

Die Schweiz ist ein Unternehmerland: Weit über 600 000 Unternehmen sind hier zu Hause – 99 Prozent davon sind KMU. Sie sind das Rückgrat für den Erfolg und Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen uns bewusst sein: Wir alle sind die Gesellschaft. Und wir alle sind die Wirtschaft. Um gemeinsam weiterzukommen, müssen wir alle etwas geben, erhalten aber auch etwas zurück.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Unternehmer brauchen optimale Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben und unsere Arbeitsplätze halten zu können. Dafür ist es zentral, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, wie Hans Hess deutlich gemacht hat. Gleichzeitig braucht es wirksame innenpolitische Massnahmen, worauf Hans-Ulrich Bigler, Daniela Schneeberger und Ruedi Noser eingehen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Bürokratie

zurückbinden und dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen einfach und attraktiv bleiben.

Moderne Arbeitsbedingungen für die Menschen

Zugleich dürfen wir als Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Forderungen stellen, sondern stehen auch selber in der Pflicht: Wir haben unseren Angestellten faire und moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehört, über neue Arbeitsmodelle nachzudenken und Hand zu bieten für eine möglichst flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der arbeitenden Mütter und Väter, sondern letztlich auch in unserem. Auch hier braucht es Verbesserungen, wie Philippe Nantermod und Thierry Burkart aufzeigen.

Gemeinsam anpacken

Damit komme ich zur Umweltpolitik, die Wirt-



Hansjörg Brunner

schafts- und Gesellschaftspolitik zusammenbringt. Mit Claudia Eberle-Fröhlich steht eine Unternehmerin stellvertretend für viele Freisinnige, die sowohl in ihrem Betrieb als auch privat Innovation und Nachhaltigkeit leben. Denn nur eine gesunde Wirtschaft hat die Kraft und Innovationsfähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft die Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt anzupacken – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Hansjörg Brunner
Nationalrat TG

Überparteiliches Engagement für eine sichere Schweiz

Ja zum Waffengesetz – Ja zu mehr Sicherheit

Auf Initiative der FDP Frauen mobilisieren Frauen aus nahezu allen Parteien gemeinsam für ein Ja zum Waffengesetz am 19. Mai. Gerade die Stimmen der Frauen werden an dieser Abstimmung entscheidend sein!

Ein breit abgestütztes Komitee von Frauenverbänden, nationalen und kantonalen Politikerinnen sowie Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft hat sich in den vergangenen Wochen unter Federführung der FDP Frauen etabliert. Das gemeinsame Anliegen: mehr Sicherheit für Frauen und Kinder, bessere Rückverfolgbarkeit von halbautomatischen Waffen sowie nachhaltige Verminderung von häuslicher Gewalt.

Frauen-Power im Abstimmungskampf

An der Mobilisierungsaktion beteiligt sind Exponentinnen der FDP, SP, CVP, glp, Grüne, BDP und EVP und sorgen gemeinsam für Frauen-Power. Dieser wird im bevorstehenden Abstimmungskampf von zentraler Bedeutung sein, wenn es darum gehen wird, die weibliche Stimmbevölkerung zu mobilisieren. Denn wie eine repräsentative Tamedia-Umfrage vom 5. April zeigt, wird das Stimmverhalten der Frauen ausschlaggebend sein:

Während sich Frauen mit 62 Prozent deutlich für die Vorlage aussprechen, liegt die Zustimmung bei der männlichen Stimmbevölkerung mit 54 Prozent deutlich tiefer. Deshalb gilt: Frauen an die Urnen! Nicht nur am 19. Mai, sondern auch an den eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober. Denn eine Demokratie kann nur so gut sein wie seine Repräsentation des Volkes!

Weitere spannende Anlässe zum Thema «Frauen für Sicherheit – Sicherheit für Frauen» finden Sie unter www.fdp-frauen.ch/agenda

Chiara Lustenberger

Mitarbeiterin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Frauen für die Sicherheit – Sicherheit für die Frauen!



**Wir sagen JA
zum neuen Waffenrecht und Schengen/Dublin
Überparteiliches Frauenkomitee**



Auf überzeugende Technologien setzen

Die FDP Frauen begegnen Klimaherausforderungen mit bewährten, liberalen Rezepten und setzen dabei auf überzeugende Technologien.

Die laufende Klimadebatte hat verdeutlicht: Die natürlichen Grundlagen sind unabdingbar verknüpft mit einer nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dieses Bewusstsein ist schon lange in der weiblichen Parteibasis verankert. Bereits vor der in den vergangenen Monaten losgetretenen Klimadebatte orientieren sich die FDP Frauen an folgenden Prinzipien:

- Gesamtökobilanz als Leitmass
- Dank Ökologie Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen
- Auf überzeugende und neue Technologien setzen
- Am Verursacherprinzip orientieren

Um leere Worte zu Taten zu machen, besuchen wir deshalb am 1. Juni 2019 gemeinsam die erste Wasserstofftankstelle der Schweiz in Hunzenschwil im Aargau. Dabei werfen wir einen Blick hinter die Kulissen, ganz nach dem Motto: Wasserstoff-Mobilität erleben und verstehen.

Alle weiteren Informationen zum Anlass sowie zur Anmeldung finden Sie unter www.frauen-fdp.ch/H2M

Luis Tschümperlin

Mitarbeiter FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



Ein Wasserstoff-LKW von Coop.

(Quelle: coop.ch)



Ja zum Waffengesetz – Ja zum Reiseland CH

Schengen ist auch für den Tourismus wichtig

Wenn die Schweizer Stimmbevölkerung über das neue Waffengesetz abstimmt, geht es auch um den Tourismusstandort Schweiz. Bei einer Ablehnung der Vorlage droht der Schweiz der automatische Ausschluss aus dem Schengen-Dublin-Abkommen. Doch das Abkommen sichert die Reisefreiheit sowohl für Schweizer, die ins Ausland reisen, wie auch für ausländische Touristen, welche die Schweiz besuchen.

Mit einem JA einfache Visumsbestimmungen für die Schweiz sichern

Dank Schengen entfallen die Passkontrollen an den Schengen-Innengrenzen, zu welchen auch die Schweiz zählt. Schweizerinnen und Schweizer müssen damit bei einem Grenzübertritt keinen Pass mehr zeigen. Dies macht das Reisen leicht und erspart lange Wartezeiten. Bei einem Nein müssten an den Schweizer Grenzen wieder Kontrollen eingeführt werden. Das führt zu Staus am Zoll und laut Experten zu jährlichen Wartekosten von bis zu 1,5 Milliarden Franken. Zudem müssten auch alle

unsere Landesflughäfen, die sich betrieblich auf Schengen ausgerichtet haben, für viel Geld wieder umgebaut werden.

Einfache Visumsbestimmungen für die Schweiz sichern

Dank des Schengenvisums wird auch der Zugang für fernländische Gäste in die Schweiz erleichtert. Beantragen Reisende aus China oder anderen Schengen-Drittstaaten ein Visum für den Schengenraum, können sie damit auf ihrer Europareise auch die Schweiz besuchen. Die Schweiz wird da-

«Schengen ist nicht nur für die Schweizer Sicherheitsbehörden ein Gewinn, sondern auch für den Tourismus.»



mit als Reiseland viel attraktiver, was sich eindrücklich in den Zahlen niederschlägt. Allein chinesische, indische und arabische Gäste steuern bereits knapp sechs Prozent der gesamten Wertschöpfung der Tourismusbranche bei – Tendenz steigend. Während die Logiernächtezahlen von europäischen Gästen in den Bergregionen zwischen 2008 und 2018 um 43 Prozent eingebrochen sind, stiegen jene der Gäste aus Fernmärkten kräftig um 166 Prozent. Touristen aus Fernmärkten helfen mit, den Einbruch bei den europäischen Gästen zu kompensieren. Die hohen Tagesausgaben dieser Gäste von 310 bis 420 Franken sichern Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Tourismussektor.

Insbesondere Bergregionen sind von Nein betroffen

Von den steigenden Gästezahlen aus Fernländern profitieren gerade die ländlichen und alpinen Regionen sehr stark, weil dort der Tourismussektor überdurchschnittlich – nämlich zu rund einem Fünftel – zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Besonders die Bergregionen wären deshalb von einem Nein betroffen, es wäre aber für die ganze Schweiz eine schwere Hypothek: Der Bund rechnet in einer aktuellen Studie mittelfristig mit jährlichen Nachfragerückgängen im Schweizer Tourismus von bis zu einer halben Milliarde Franken, sollte die Schengen-Mitgliedschaft wegfallen. Von der bei einem Nein wegfallenden touristischen Wertschöpfung, die jährlich immerhin rund 18 Milliarden Franken brutto beträgt, sind auch die nachgelagerten Branchen betroffen, wie beispielsweise der Detailhandel oder Transport. Denn fernländische Touristen übernachten nicht nur in Schweizer Hotels, sondern essen auch in Schweizer Restaurants kaufen Uhren und buchen Taxis oder Reisecars. Fazit: Ein Ja zum Waffengesetz ist ein Ja zu einer landesweit prosperierenden Volkswirtschaft, ein Ja zum Tourismus und ein Ja zum Reiseland Schweiz.

Andreas Züllig, Präsident Hotellerieuisse



Lehrstellen und weniger Reformstau

Das bedeutet die AHV-Steuervorlage für Junge

Am 19. Mai werden wir über eine der wichtigsten Reformen der Legislatur abstimmen. Bei der Entscheidung über die AHV-Steuervorlage müssen wir uns für ein neues Steuermodell nach internationalen Standards entscheiden. Sonderstati werden abgeschafft, und alle Unternehmen sollen künftig mit dem gleichen Satz besteuert werden. Doch was hat das mit uns Jungen zu tun? Wie profitieren wir davon, und was können wir beitragen?

Arbeitsplätze sind ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Für junge Menschen sind Planungssicherheit und die Attraktivität der Stellen Faktoren, die es nicht zu unterschätzen gilt.

Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung der Arbeitsplätze

Ziel der STAF ist es, eine im internationalen Vergleich akzeptable Steuerquote zu halten und diesen Unternehmen Rechtssicherheit zu geben, damit sie ihre Aktivitäten in der Schweiz fortsetzen können.

Für uns Junge ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Unternehmen in unserem Land bleiben. Es geht selbstverständlich um Steuereinnahmen, aber vor allem um Arbeitsplätze und Perspektiven! Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.

Sicherung von Lehrstellen und Innovation

Die grossen Gewinner dieser Reform sind unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie

machen 99 Prozent des Wirtschaftsgefüges aus und sind die eigentliche Treibkraft unserer Gesellschaft. Zudem stellen sie Lehrstellen und Ausbildungsplätze für unsere Jugend zur Verfügung. Unser duales Bildungssystem lebt von der Vielfaltigkeit von Berufen und Unternehmensphilosophien. Zudem

«Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.»

sind wir auf Investitionen in Forschung und Entwicklung angewiesen. Bereits heute profitieren junge Ausgebildete und Studienabgänger von innovativen Start-ups, die ihnen genau jene Jobs bereitstellen, um den Fortschritt in der Schweiz weiterzuleben. Regulierungsabbau, Rechtssicherheit und Forschungsgelder sind der Nährboden, auf welchem kleine, innovative Unternehmen gedeihen können. Letzteres wird in der Steuervorlage beispielsweise mit der Patentbox und den Steuerabzügen für Forschung und Entwicklung ermöglicht.

Die Herausforderung einer Generation

Was ist mit der AHV? Die STAF plant, Geld in ein System einzuschiessen, ohne das strukturelle Problem zu lösen: das immer grösser werdende Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen. In einer immer komplexer werdenden Welt sind die Sicherung der Arbeitsplätze und Rahmenbedingungen, die es der Schweiz ermöglichen, sich zu entwickeln, zweifellos zentrale Herausforderungen für unsere junge Generation. Ebenso wichtig ist jedoch die Sanierung der Altersvorsorge. Obwohl diese auf Seiten der Steuerreform zu begrüssen ist, bleiben wir nach den Debatten über ihren anderen Aspekt, der Altersvorsorge, im Zugzwang. Inaktiv zu bleiben, während der Generationenvertrag in Gefahr ist, ist keine Lösung. Wir wollen eine echte Reform des Systems, strukturell und langfristig. Denn mehr denn je ist die Zeit für grosse Reformen gekommen. Wir werden die Dinge im Auge behalten. Für die jüngeren Generationen und ihre Zukunft.

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige



Sicherheit und Wohlstand

Gastbeitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Am 19. Mai 2019 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über zwei Vorlagen ab, die mir als freisinnige Bundesrätin besonders wichtig sind: Es geht um unseren Wohlstand und um unsere Sicherheit.

Liebe Freisinnige

Seit zehn Jahren arbeiten unsere Sicherheits- und Asylbehörden eng mit den Schengen- und Dublin-Staaten zusammen. Zu dieser Zusammenarbeit gehört auch, dass die Schweiz die Änderungen an der EU-Waffenrichtlinie umsetzt. Bei deren Aktualisierung konnte die Schweiz mitreden, danach haben Bundesrat und Parlament den Spielraum bei der Umsetzung genutzt.

Die Teilrevision des Waffenrechts sieht verschiedene Massnahmen gegen den Missbrauch von Waffen für kriminelle Zwecke vor. Neu müssen alle wesentlichen Waffenbestandteile markiert werden. Das erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären und den Schwarzmarkt besser zu bekämpfen. Zudem müssen die Schengen-

Länder künftig melden, wenn sie jemandem aus Sicherheitsgründen eine Waffe verweigern.

Niemand wird entwaffnet

Für Schützinnen und Schützen gibt es administrative Änderungen beim Umgang mit bestimmten halbautomatischen Waffen: ein neues Formular,

ein zusätzlicher Nachweis, allenfalls eine Meldung für das kantonale Register. Für Soldaten zum Beispiel ändert sich nichts, sie können ihre Armee-Waffe nach dem Militärdienst weiterhin direkt übernehmen.

Die ursprünglichen Befürchtungen der Schützen haben sich also nicht bewahrheitet: Niemand wird entwaffnet. Anlässe wie etwa das Feldschiessen können wie bisher stattfinden.

Die Änderungen sind auf der Linie der Schweizer Politik im Umgang mit Waffen: Sie verbessern den Schutz der Bevölkerung, ohne die Tradition des Schiesswesens anzutasten.

Schengen/Dublin steht auf dem Spiel

Passt die Schweiz ihr Waffenrecht nicht an, steht die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten auf dem Spiel. Die Schweiz würde vom Fahndungssystem SIS abgehängt. Für die Polizei ist das ein unabdingbares Instrument in der täglichen Arbeit, um Verbrechen und Kriminalität effizient zu bekämpfen. In den letzten zehn Jahren gab es im Schnitt jeden Tag eine Verhaftung in der Schweiz oder für die Schweiz in einem anderen Land Europas. Und die Schweiz würde für abgewiesene Asylsuchende attraktiv. Sie müsste wieder Asylgesuche von Menschen prüfen, deren Gesuch in einem europäischen Land bereits abgelehnt wurde.

Betroffen wären aber auch andere Bereiche: Europareisende, beispielsweise aus asiatischen Ländern, würden für die Schweiz ein zusätzliches Visum brauchen. Die Gefahr besteht, dass unser Land von ihrer Reiseroute gestrichen wird. Darunter würde die Tourismusbranche leiden. Das Schengen-Visum trägt auch massgeblich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei: So kann zum Beispiel ein indischer Mitarbeiter eines hiesigen Unternehmens dank des Schengen-Visums ohne weiteres eine Konferenz im Nachbarland besuchen. Ohne solche Möglichkeiten könnte die Schweiz als Standort an Attraktivität verlieren.

Eingeschränkte Reisefreiheit

Auch unsere Reisefreiheit würde ohne die Zusammenarbeit eingeschränkt: An den Grenzen zu den Nachbarstaaten würden wieder systematische Personenkontrollen eingeführt. Lange Wartezeiten und Staus im Strassenverkehr oder Verspätungen für Zugreisende wären die Folge. Alles in allem wür-

«Die Mitgliedschaft bei Schengen/Dublin ist nicht nur für die innere Sicherheit und das Asylwesen zentral. Wichtig ist es auch für die Wirtschaft und unsere Reisefreiheit.»

«Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar.»

de ein Wegfall dieser Zusammenarbeit laut einem Bericht des Bundesrates die Schweizer Volkswirtschaft jährlich Milliarden kosten.

Die Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin ist also nicht nur für die innere Sicherheit unseres Landes und das Asylwesen zentral. Auch die Wirtschaft, vor allem der Tourismus, profitiert davon, genauso wie unsere Reisefreiheit.

Ein Nein am 19. Mai würde diese Mitgliedschaft nach 90 Tagen automatisch beenden. Es sei denn, die Schweiz findet in dieser kurzen Zeit mit der EU-Kommission und allen Schengen-Staaten eine Lösung. Diese Hürde ist hoch und das Risiko, dass die Schweiz ausgeschlossen wird, sehr gross.

Für den Bundesrat ist deshalb klar: Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar. Es gibt keinen Grund, deshalb die für uns so wichtige Zusammenarbeit mit Europa aufs Spiel zu setzen.

Arbeitsplätze und AHV sichern

Um nichts weniger als um den wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz und eine verlässliche Altersvorsorge geht es in der zweiten Vorlage. Mit dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gehen wir also gleich

sichern wir Arbeitsplätze und ganz allgemein den Wohlstand im Land. Denn mit der Zusatzfinanzierung der AHV wird auch ein sozialer Ausgleich für die steuerliche Entlastung der Unternehmen geschaffen. Der Bundesrat unterstützt diesen sozialen Ausgleich ausdrücklich. Denn damit erhält die AHV dringend benötigte Mehreinnahmen, und das kommt der ganzen Bevölkerung zugute.

Diese ausgewogene Lösung trägt zu gesunden öffentlichen Finanzen bei, sichert attraktive Arbeitsplätze und stärkt gleichzeitig die AHV. Deshalb ist sie wichtig für den Wohlstand in unserem Land.

Beide Vorlagen, die Teilrevision des Waffenrechts sowie die Steuerreform und die AHV-Finanzierung, liegen mir am Herzen, deshalb setze ich mich für sie ein. Im Namen von Bundesrat und Parlament empfehle ich Ihnen zweimal ein Ja am 19. Mai.

Karin Keller-Sutter
Bundesrätin



Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und sehen Sie die Video-Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

«Die STAF ist wichtig für den Wohlstand in unserem Land.»

zwei grosse Herausforderungen an. Von links bis rechts bestreitet denn auch niemand, dass in beiden Bereichen dringend Reformen notwendig sind.

Bei der Unternehmensbesteuerung besteht aus zwei Gründen Handlungsbedarf: Die Schweiz muss im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben, gerade auch um Arbeitsplätze zu sichern. Zudem stehen heute Sonderregelungen zugunsten von vorwiegend international tätigen Unternehmen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards.

Eine wichtige Investition

Die Steuermassnahmen bedeuten zwar für Bund, Kantone und Gemeinden kurzfristig Mindereinnahmen. Aus der Sicht von Bundesrat und Parlament ist das aber gut investiertes Geld, denn damit

«Darum bin ich freisinnig»

Viele Leute haben sich in den letzten Wochen und Monaten entschlossen, Mitglied der FDP zu werden. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen wissen, was sie dazu bewegt hat. Den Anfang macht Arber Marniku von der FDP Oberentfelden.

Ich bin Schweizer mit einem kosovarischen Namen, Arber Marniku. Warum ich das erwähne? Woher denn mein Name stamme, ist meist die erste

Frage, die man mir stellt. Dabei gäbe es spannende Dinge über mich zu erfahren.

Ich bin auch selbstständiger Unternehmer, Mit-

gründer eines Buchclubs zu Persönlichkeitsentwicklung und seit neuestem Parteimitglied der FDP Oberentfelden.

Ob im linken oder im rechten Lager, ich stimme mit jedem überein, der die Schweiz, ihre Bevölkerung und unsere Mitmenschen rund um den Globus weiterbringt. Extreme sind diesbezüglich kontraproduktiv.

Der Auslöser dafür, der FDP beizutreten, war die Entscheidung, mich selbstständig zu machen. Man muss als Unternehmer zuhören und wissen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Man muss Entscheidungen treffen. Und man muss sich eine eigene Meinung bilden können. Und genau das ist bei der FDP wichtig: Bei der FDP steht der Mensch im Zentrum und keine Ideologie. Man ist frei, sich in allem eine eigene Meinung zu bilden. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung werden bei der FDP grossgeschrieben. Das schätze ich.

«Leben, das ist das Allerseltenste in der Welt – die meisten Menschen existieren nur.» (Oscar Wilde) Dieses Zitat von Oscar Wilde reflektiert stark die Ziele, die ich mit der FDP erreichen will. Nur zu existieren, hat etwas mit Routine zu tun. Und Routine ist nicht nur langweilig, sondern auch schädlich in einer sich schnell wandelnden Welt wie unserer. Wirklich leben bedeutet Neues lernen, Offenheit zu zeigen und nach Fortschritt zu streben.

Arber Marniku, FDP-Mitglied seit Februar 2019



Was passiert hier? Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und erfahren Sie mehr!

FDP Schweiz

Neumitgliederaktion – Helfen Sie mit!

Die Neumitgliedergewinnung und -pflege ist eine absolute Notwendigkeit, um die Partei auf lange Sicht am Leben zu erhalten. Dies lässt sich mit einfachen Mitteln institutionalisieren. Helfen Sie mit – denn so können wir sicherstellen, dass wir zusammen erfolgreich die Wahlen bestreiten können.

Als Mitglied des Vorstands der FDP Schweiz leite ich das «Mitglieder-Ressort», die für die Betreuung der Beitragszahler unserer Partei, für das Angebot effektiver Kommunikationsplattformen und für die Suche nach neuen Mitgliedern zuständig ist.

Flyer für Neumitglieder

Ende Mai erhält jedes Mitglied per Post Neumitglieder-Flyer. Nehmen Sie diese mit an Anlässe, damit Sie auch im persönlichen Gespräch Mitglieder anwerben können. Nachschub erhalten Sie unter info@fdp.ch. Potenzielle Mitglieder finden sich vor allem auch im persönlichen Umfeld. Suchen Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis nach politinteressierten Personen, und laden Sie diese an eine Veranstaltung ein. Das ist der erste Schritt zu

einer Parteimitgliedschaft. Gerade, um Personen besser kennen zu lernen und herauszufinden, ob sie sich für eine Funktion, eine Kandidatur oder ein anderes Engagement interessieren, ist der persönliche Kontakt unumgänglich.

Videos sind willkommen

Ebenso sind immer mehr Menschen auf Social-Media-Kanälen unterwegs. Nutzen Sie diese Kanäle, um die Leute über die Aktivitäten der FDP zu informieren. Dies wird bei interessierten Personen garantiert wahrgenommen.

Auch wir werden von unserer Seite mit kurzen Videobotschaften auf die Neumitgliederaktion aufmerksam machen. Laden Sie neue Mitglieder ein, mitzumachen mit einem kurzen Handyvideo.



Philippe Nantermod will mehr Neumitglieder.

Als eine moderne Partei für Jung und Alt liegt es uns am Herzen, dass die Bedürfnisse aller Altersklassen berücksichtigt werden – wir bieten spannende Plattformen vom Mentoring-Programm bis hin zur FDP 60plus. Packen wir dies also gemeinsam an – danke für Ihren Einsatz! Je grösser die Mobilisierung, desto besser das Wahlergebnis im Herbst!

Philippe Nantermod, Nationalrat FDP VS

Von Tür zu Tür – Erwartungen übertroffen

Gemeinsam weiterkommen.

Es wurde viel geschrieben über den Haustür-Wahlkampf der FDP. Doch wie fühlt es sich eigentlich an, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Leuten an? Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Besser kann es nicht gehen: Eben hat uns eine Frau gesagt, sie würde künftig gerne Infos unserer Ortspartei erhalten. Sie ist schon die dritte Person, die Sympathisantin werden möchte. Wir sind unterwegs in Wädenswil in einem Quartier, das laut Analysen von gfs und gemäss unseren Erfahrungen FDP-freundlich ist.

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom März 2019 waren wir mit zwei Teams unterwegs. Ein Experiment für uns, mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln. Die Neugier treibt uns an. Wie reagieren die Leute, wenn man an ihrer Tür läutet? Das Konzept ist bestechend, Big Data mit physischer Präsenz zu vereinen. Aktionen auf der Strasse, aber auch die Möglichkeiten von Social Media nutze ich in allen Wahlkämpfen. Was bringt deren Verbindung?

Das Eis ist schnell gebrochen

Zugegeben: Um von Tür zu Tür zu gehen, muss man sich aufraffen. Aber es ist wie Aufräumen; einmal gestartet, läuft es am Schnürchen. Ein gutes

Auftreten will geübt sein. Man ist in einem Zweier-team unterwegs. Der Sprecher sollte ein «Smalltalker» sein, aber nicht penetrant. Wenn man sich als Amtsträger vorstellen kann, hilft das ungemein. Ich begann das Gespräch also folgendermassen: «Grüezi, ich bin Astrid Furrer, Stadträtin und Kantonsrätin.» Et voilà, das Eis war gebrochen.

Die Qualität der Gespräche war sehr hoch, mehr als acht Kontakte pro Stunde sind daher kaum zu realisieren. «D2D» eröffnet die Chance, zu ausgewählten Themen Meinungen einzuholen, taugt für Ortsparteien zur Beziehungspflege und eignet sich gut für Umfragen. Erstaunt waren wir, dass wir nie «davongejagt» wurden. Da sind unsere Erfahrungen weit weg von denen unseres Kollegen vom Zürcher Kreis «Cheib», dem auch schon Bierflaschen nachgeworfen wurden.

Entspannte Gespräche

Die Kontakte gestalteten wir nicht als Interview, sondern als Gespräch. Die Daten gaben wir darum nicht, wie vorgesehen, während des Gesprächs in



Astrid Furrer unterwegs von Tür zu Tür.

die App des Mobiltelefons ein. Dies führte zu einer entspannten Atmosphäre. Wir machten uns hingegen Notizen und gaben die Ergebnisse danach über die Website von ecanvasser.com ein. Wer seine E-Mail-Adresse bekannt gab, unterschrieb den Fragebogen aus Datenschutzgründen.

Ideal erwies sich der Einsatz von 17 Uhr bis zum Eindunkeln um 19 Uhr. Im Sommer kann man gut eine Stunde später starten. Der Einsatz braucht Energie, mehr als zwei Stunden sind nicht zu empfehlen. Entgegen unseren Erwartungen waren viele bereits zu Hause. Widerlegt wurde auch die gängige Meinung, dass die Schweizer um 18 Uhr essen: Offenbar wird der Lebensstil südlicher, jedenfalls trafen wir niemanden an, den wir beim Essen störten. Benachbarte Ortsparteien machten auch gute Erfahrungen mit Nachmittagen und am Samstagmorgen.

Unsere Ortsgruppe wertet D2D als sehr positiv. Man lernt seine Gemeinde noch besser kennen, geht auch einmal in Quartiere, in denen man sonst nicht unterwegs ist. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Wir erwägen, auch ausserhalb von Wahljahren ein- bis zweimal im Jahr von Tür zu Tür zu gehen, um den Kontakt zur Wählerschaft zu stärken.

Astrid Furrer

Kantonsrätin und Stadträtin, Wädenswil ZH



Scannen Sie dieses Bild mit der XTEND-App, und sehen Sie unser Door2Door-Video.



Leserbriefe

Wir wollen wissen, was Sie bewegt!

Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie uns, was sie bewegt. Die besten Zuschriften werden in unserer neuen Rubrik «Standpunkte» im «Freisinn» abgedruckt.

Hinweise für Leserbrief-Schreibende

- Kurze, prägnante Texte haben grössere Chancen, publiziert zu werden. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt.
- Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.
- Briefe, die sich auf einen Artikel im «Freisinn» oder einen Blogbeitrag auf unserer Website beziehen, müssen dessen Titel und Erscheinungsdatum enthalten.

Starker FDP Klimathemenauftakt zu den Wahlen 2019

Endlich begreifen wir von der FDP, dass das Thema Umweltpolitik aus freisinnig-liberaler Sicht bewirtschaftet werden muss. Es darf nicht aus Politopportunismus im Wahljahr 2019 belegt werden. Glaubwürdigkeit bedeutet nicht nur darüber zu reden, sondern zu liefern. Die Klimademonstrationen in den Schweizer Städten sind ein beeindruckend organisierter Auftakt zu den kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Es zeigt, wie derzeit grüne Parteipersönlichkeiten eng mit den Initianten der Klimakampagne zusammenarbeiten und ihr Know-how unterstützend einsetzen. Die Koordination geschieht europaweit. Wir können von den professionellen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten dieser Kreise nur lernen und besser werden.

Die FDP hat in der Umweltpolitik viel geleistet, besonders auch im Kanton Zürich. Nur wurden die Botschaft und der Leistungsausweis nicht der Öffentlichkeit verkauft. Es waren nach der Waldsterbedebatte 1984 in der Schweiz junge, umweltbewusste, engagierte und gebildete Kreise, die sich zusammenschlossen, grüne Parteien gründeten und mit wahrnehmungstarken Aktionen in Öffentlich-

keit und Medien auftraten. In Deutschland stossen die Grünen durch die Decke und schicken die Traditionspartei SPD in den Abgrund. Die letzten Wahlen in der Stadt Zürich mit dem Kanter Sieg links-grüner Parteien sind ein bestätigendes Signal. Eine gesunde Umwelt ist Teil eines ausgeprägten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses geworden. Nur, wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung bei der Ausarbeitung wirksamer, umweltrelevanter Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist Fortschritt möglich. Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen. Ökonomie und Ökologie schliessen sich nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

Weil die bürgerlichen Parteien in den 80er-Jahren nicht weitsichtig genug waren und das Thema nicht bewirtschafteten, überliessen sie das Feld akademisch ausgebildeten, engagierten, rot-grünen Wende- und Gesinnungspolitikern. Diese nutzten die Wirksamkeit von fokussierten Einthemenparteien. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Das sind alle politischen Parteien den kommenden Generationen schuldig: Ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer, ehemaliges Vorstandsmitglied FDP Bezirkspartei Meilen, Feldmeilen

«Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen.»

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden, und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

4. Mai

Delegiertenversammlung in Flawil, St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

20. Oktober

Eidgenössische Parlamentswahlen

Öffentliches Fachreferat zur Sicherheit

Einladung

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D.,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht
zum Thema



Die aktuelle sicherheitspolitische
Lage der Schweiz

Donnerstag 16. Mai 2019 in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag 3. Oktober 2019 in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

www.fairer-kompromiss.ch



Zwei Pluspunkte
für unser Land.

«Good Deal» or «No Deal»?
Gemeinsam weiterkommen.

Ein Plus für den Werk- und Forschungsplatz

- + Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien
- + dringend notwendige Rechts- und Investitionssicherheit
- + faires Steuersystem mit gleich langen Spiessen für KMU
- + pro Jahr 1 Mrd. Franken mehr für Kantone und Gemeinden
- + Investition in attraktive Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz

Ein Plus für die AHV

- + Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken pro Jahr
- + Beitrag zur unausweichlichen Sicherung der AHV-Renten
- + günstige Lösung für Privathaushalte und Unternehmen
- + kein Ausbau des Sozialstaats

JA zur AHV-
Steuervorlage!

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



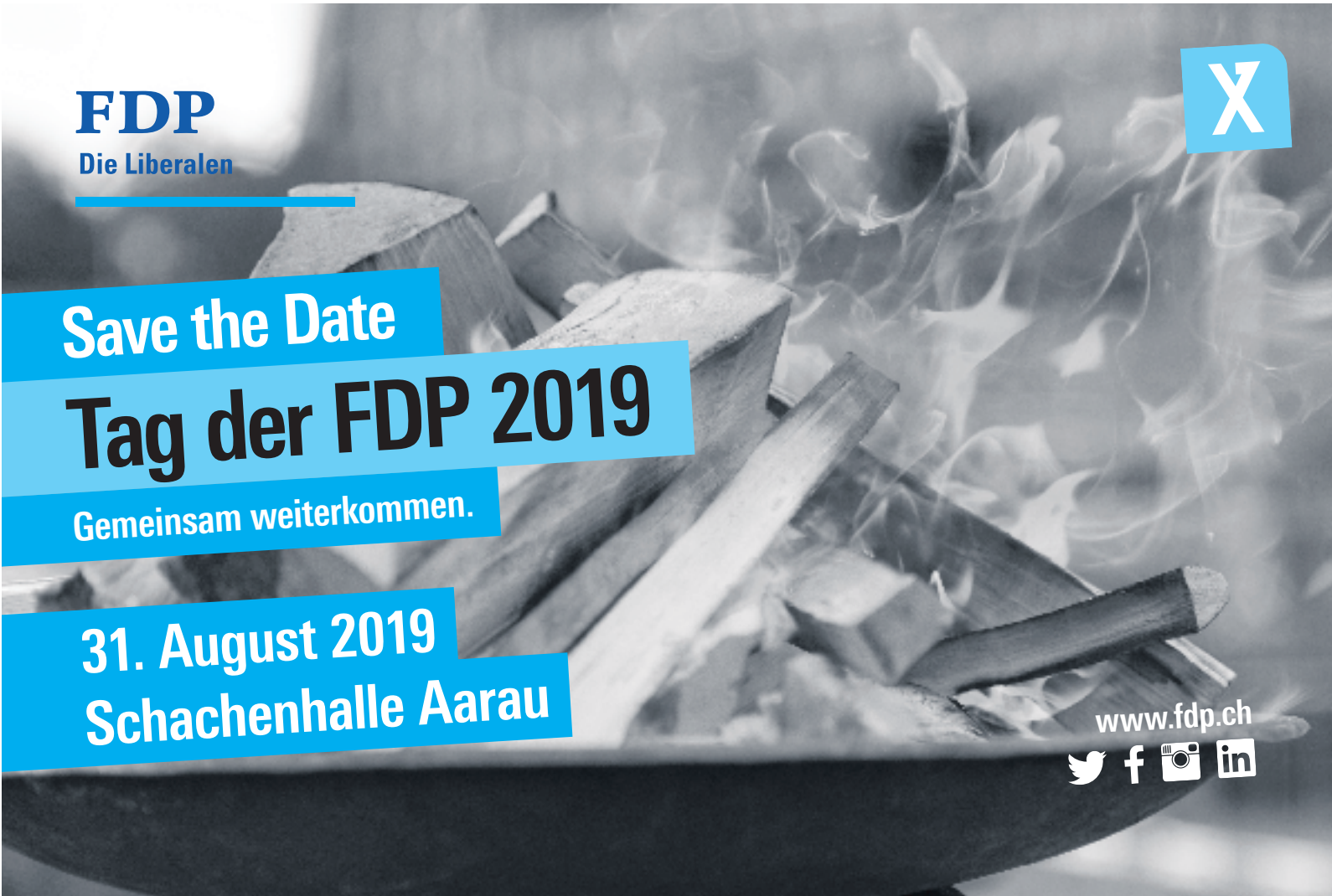
29. JUNI 2019
IN ZÜRICH

Save the Date

3. Internationales Liberales Symposium

der FDP International in Zusammenarbeit mit
ALDE - NZZ - Avenir Suisse

Alle Infos unter:
www.symposium-liberal.ch



FDP
Die Liberalen

X

Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch

